

# افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد  
بدین بوم و بر زنده یک تن مباد  
همه سر به سر تن به کشتن دهیم  
از آن به که کشور به دشمن دهیم

[www.afgazad.com](http://www.afgazad.com)

[afgazad@gmail.com](mailto:afgazad@gmail.com)

European Languages

زبانهای اروپائی

Steven Hill  
Interview: Jörn Boewe  
17.06.2017

## ***Der »Plattform-Kapitalismus« ruiniert Sozialstaat und Arbeitswelt.***

Ein Gespräch mit Steven Hill ist ein US-amerikanischer Kolumnist und Autor. Beim Knaur-Verlag erschien kürzlich sein Buch »Die Startup-Illusion: Wie die Internet-Ökonomie unseren Sozialstaat ruiniert«

Mit dem Thema beschäftigt sich auch die Fachtagung »Digitale Revolution – Wer sagt, wo's langgeht?«, die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, von ver.di und der IG Metall ausgerichtet wird: 17. Juni, 10 Uhr bis 16.30 Uhr, im DGB-Gewerkschaftshaus in Frankfurt am Main

***Uber, Airbnb, Lieferando – immer mehr Unternehmen bieten die Vermittlung »selbständiger« Arbeit über das Internet an. Wie relevant ist dieser »Plattform-Kapitalismus« in Deutschland?***

Die Bundesregierung geht von deutlich unter einer Million Beschäftigter aus. Es ist aber offensichtlich, dass sie die Bedeutung des Phänomens herunterspielt. Das ist zum Teil ein Problem völlig veralteter Erhebungsmethoden. Viele Leute, die eine reguläre Teilzeitstelle haben, ergänzen mittlerweile ihr Einkommen durch über Plattformen vermittelte prekäre Beschäftigung. Bei den großen Befragungen des Statistischen Bundesamtes oder des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung wird nach dem Hauptarbeitsverhältnis gefragt sowie, ob jemand eine Zweit- oder Nebentätigkeit ausübt. Informationen über den Charakter dieser Nebentätigkeit werden dabei aber nicht erhoben.

### ***Was bedeutet diese Entwicklung für den Sozialstaat?***

Dem Staat und den Sozialversicherungen entgehen dadurch Einnahmen in Milliardenhöhe. Das Unternehmen Upwork aus San Francisco im Silicon Valley – ich lebe dort – beschäftigt 250 Personen in einem regulären Angestelltenverhältnis. Diese 250 Angestellten verwalten zehn Millionen Freelancer weltweit. Darunter befinden sich Leute in Deutschland, die 60 Euro die Stunde verdienen, aber auch Beschäftigte in Indien oder den Philippinen mit einem Stundenlohn von zwei Euro. Das sind hochqualifizierte Softwareentwickler, Webdesigner, Ingenieure und Architekten. Die deutschen Statistiker haben keine Ahnung, wie viele Leute Upwork in Deutschland beschäftigt. Aber es ist über die Internetplattform von Upwork selbst einfach herauszufinden – es sind mehr als 18.000. Und von solchen Plattformen gibt es mittlerweile Dutzende.

### ***Kann man das Gesamtausmaß ungefähr abschätzen?***

Die IG Metall geht davon aus, dass in Deutschland jetzt schon mindestens eine Million Beschäftigte Einkommen aus Arbeit über diese Art von Plattformen erzielen. Andere schätzen die Zahl eher auf zwei Millionen. Ich halte diese Zahlen immer noch für eher konservativ. Man kann davon ausgehen, dass in dieser Grauzone der Plattform-Beschäftigung etwa vier Milliarden Euro Einkünfte am deutschen Staat und seinem Sozialversicherungssystem vorbei erzielt werden. Die Firmen melden das schlicht nicht beim Staat an, denn sie haben ihre Sitze in den USA, in Russland oder sonstwo in der Welt.

### ***Und welche Folgen hat das für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter?***

Die Unternehmen haben das Bestreben, genau zu kontrollieren, wie ihre Auftragnehmer arbeiten. Und sie haben die technischen Möglichkeiten, buchstäblich jeden Mausklick und jede Tastaturaktivität zu protokollieren und auszuwerten. Die Technik wird benutzt, um die Arbeitsleistung zu überwachen und Ratings über die Beschäftigten zu erstellen. Wer sich in einem solchen System als »Underperformer« erweist, hat schlechte Karten. Viele Beschäftigte werden heute nicht mehr von der Personalabteilung, sondern »vom Algorithmus« gefeuert.

### ***Der Staat scheint nicht in der Lage oder nicht willens, diese Firmen zu kontrollieren.***

In Berlin wurde 2014 ein Gesetz erlassen, das es verbietet, komplette Wohnungen über Airbnb zu vermieten. Doch seither ist die Zahl der Leute, die genau das tun, um 45 Prozent gestiegen. Deutlicher kann sich die Hilflosigkeit einer Regierung nicht manifestieren. Jedes Hotel, jede Pension muss in Berlin Steuern zahlen. Doch Airbnb sagt im Wesentlichen: »Wir sind kein Hotelbetrieb, wir sind nur ein Technologieunternehmen. Wir vermitteln nur das Geschäft zwischen Vermieter und Mieter.« Das Problem ist dasselbe in allen Großstädten. Wenn die Kommunalverwaltung die Daten der Vermieter einfordert, verweist Airbnb schlicht auf deren Recht auf Privatsphäre.

Es braucht hier neue Regeln. Die Öffentlichkeit muss sich solche Daten von den Unternehmen zurückerobern. Dazu muss auch der Staat den Firmen klarmachen: »Entweder ihr rückt die Daten raus, oder wir machen euch dicht.«